

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 12. Februar 2009

Antrags-Nr. 09-F-06-0007

**Gegen die Verbreitung von neonazistischem Gedankengut in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 04.02.2009 -**

In den letzten Monaten wurde bekannt, dass die Betreiber der umstrittenen Modemarke "Thor Steinar" sich um Verkaufsflächen (zwischen 80 und 100 m²) in allen Landeshauptstädten bemühen. In mehreren Großstädten (z.B. Berlin, Hamburg, Leipzig und Magdeburg) wurden "Thor-Steinar-Läden" nach Protesten antifaschistischer Gruppen und anderen Bürgerinnen und Bürger sowie juristischen Auseinandersetzungen geschlossen. Gegen eine weitere "Thor-Steinar-Filiale" in Berlin läuft derzeit eine Räumungsklage vor dem Berliner Landgericht. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, "Vielfalt tut gut" und anderen wurden Aufklärungsbroschüren zu Charakter und Bedeutung von "Thor Steinar" herausgegeben. Durch Präventivmaßnahmen könnte verhindert werden, dass sich "Thor-Steinar-Läden" etablieren und erst nach längeren Auseinandersetzungen wieder geschlossen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden lehnt jegliche Förderung neonazistischen Gedankenguts ganz entschieden ab und wird alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um die Etablierung von Firmen, die neonazistisches Gedankengut und entsprechende Handlungen fördern, im Stadtgebiet zu verhindern.

Der Magistrat wird gebeten eine Empfehlung zu erarbeiten, die zum Ziel hat, dass mit den Firmen Mediatex GmbH und Protex GmbH keinerlei Vertragsverbindungen eingegangen werden. Die Empfehlung soll breit publiziert werden, insbesondere an Eigentümer von Gewerbeflächen und Immobilienmakler.

Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.02.2009

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden lehnt jegliche Förderung ~~neonazistischen~~ extremistischen Gedankenguts ganz entschieden ab und wird alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um die Etablierung von Firmen, ~~die neonazistisches~~ extremistischem Gedankengut und entsprechenden Handlungen fördern, ~~im Stadtgebiet~~ zu verhindern.
2. ~~[Streiche] Der Magistrat wird gebeten eine Empfehlung zu erarbeiten, die zum Ziel hat, dass mit den Firmen Mediatex GmbH und Protex GmbH keinerlei Vertragsverbindungen eingegangen werden. Die Empfehlung soll breit publiziert werden, insbesondere an Eigentümer von Gewerbeflächen und Immobilienmakler.~~

3. *[ERGÄNZE]* Gemäß der bisherigen Wiesbadener Linie werden das Stadtparlament und der Magistrat gemeinsam auch weiterhin jeglicher Form von politischen Extremismus entschieden begegnen. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss 0497 vom 25. September 2008, in dem es u. a. heißt:

„Die Erinnerung mahnt uns auch, jedweder Gewalt in der politischen Auseinandersetzung und jedem Extremismus von links wie von rechts eine klare Absage zu erteilen. Unsere freiheitliche Demokratie lebt von der argumentativen Auseinandersetzung um politische Ziele und Meinungen wie von der einmütigen und strikten Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik. Dies eint alle Demokraten und fördert das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für unsere Gesellschaft.

Alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen für die demokratische Kultur und ein friedliches Miteinander aller in Wiesbaden lebenden Menschen einzutreten.

Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegen jede Form des Extremismus engagieren.“

Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 11.02.2009

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Absatz zwei im o. a. Antrag wird ersatzlos gestrichen.

Beschluss Nr. 0082

1. Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 04.02.2009 betr.

Gegen die Verbreitung von neonazistischem Gedankengut in Wiesbaden

wird in der Fassung des Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP angenommen:

In den letzten Monaten wurde bekannt, dass die Betreiber der umstrittenen Modemarke "Thor Steinar" sich um Verkaufsflächen (zwischen 80 und 100 m²) in allen Landeshauptstädten bemühen. In mehreren Großstädten (z.B. Berlin, Hamburg, Leipzig und Magdeburg) wurden "Thor-Steinar-Läden" nach Protesten antifaschistischer Gruppen und anderen Bürgerinnen und Bürger sowie juristischen Auseinandersetzungen geschlossen. Gegen eine weitere "Thor-Steinar-Filiale" in Berlin läuft derzeit eine Räumungsklage vor dem Berliner Landgericht. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, "Vielfalt tut gut" und anderen wurden Aufklärungsbroschüren zu Charakter und Bedeutung von "Thor Steinar" herausgegeben. Durch Präventivmaßnahmen könnte verhindert werden, dass sich "Thor-Steinar-Läden" etablieren und erst nach längeren Auseinandersetzungen wieder geschlossen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden lehnt jegliche Förderung extremistischen Gedankenguts ganz entschieden ab und wird alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um die Etablierung von extremistischem Gedankengut und entsprechenden Handlungen zu verhindern.

Gemäß der bisherigen Wiesbadener Linie werden das Stadtparlament und der Magistrat gemeinsam auch weiterhin jeglicher Form von politischen Extremismus entschieden begegnen. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss 0497 vom 25. September 2008, in dem es u. a. heißt:

„Die Erinnerung mahnt uns auch, jedweder Gewalt in der politischen Auseinandersetzung und jedem Extremismus von links wie von rechts eine klare Absage zu erteilen. Unsere freiheitliche Demokratie lebt von der argumentativen Auseinandersetzung um politische Ziele und Meinungen wie von der einmütigen und strikten Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik. Dies eint alle Demokraten und fördert das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für unsere Gesellschaft.

Alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen für die demokratische Kultur und ein friedliches Miteinander aller in Wiesbaden lebenden Menschen einzutreten.

Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegen jede Form des Extremismus engagieren.“

2. Der Änderungsantrag der SPD ist durch die Übernahme des gem. Änderungsantrages von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegenstandslos geworden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2009

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2009

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister